

Zwei Jahre Verbot von

INDYMEDIA LINKSUNTEN

Medienaktivismus
zwischen Repression und
Bedeutungsverlust

DIENSTAG 13.08.2019
19H BANDITO ROSSO
LOTTUMSTRASSE 10A

Kristin Pietrzyk – Rechtsanwältin
Matthias Monroy – Redaktion CILIP



REVOLUTIONÄRE
PERSPEKTIVE BERLIN



akj.rewi.hu-berlin.de ☆ perspektive.nostate.net ☆ berlin.rote-hilfe.de



Das Verbot des Onlineportals Indymedia Linksunten war ein gezielter Schlag gegen die Linke in Deutschland. Diese Repression gegen linke, internationalistische Medien ist nichts Neues. Bei Gipfelprotesten hat die Polizei Indymedia-Center gestürmt, Ausrüstung zerstört, Medienaktivist*innen verfolgt, Falschmeldungen verbreitet und die Berichterstattung über Soziale Medien beeinflusst. Was bedeutet das für eine unabhängige Berichterstattung im internationalen Kontext? In einigen Ländern sind hierarchiefreie Medien wie Indymedia inzwischen bedeutungslos geworden, Aktivist*innen informieren und kommunizieren oft über Facebook, Twitter, YouTube oder Periscope. Bis zum Verbot war Indymedia Linksunten eines der wichtigsten Medien für die linke Bewegung in der BRD. 2017 wurde die Plattform durch das Innenministerium verboten, die Reaktionen auf das Verbot und die Verfolgung der vermeintlichen Macher*innen waren jedoch verhalten oder kaum wahrnehmbar. Es gibt aber eine Kampagne zum Tag (((i))), dem Samstag vor den Prozessen der Klage gegen das Vereinsverbot am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. An diesem Tag wird es in Leipzig eine bundesweite Demonstration geben.

Wir wollen am 13. August zum zweijährigen Jahrestag des Verbotes darüber diskutieren, welche Bedeutung die weltweiten Indymedia-Zentren hatten und haben und wie mit der Repression gegen die Projekte umgegangen werden kann. Sind sie ein autonomes Schwarzes Brett, ein Ort für das Abwerfen von Anschlagserklärungen oder das Crossposting spannender Artikel? Ist Indymedia nur noch ein Archiv früherer Bewegungen, ein Relikt aus alten Zeiten oder bleibt es als selbstorganisiertes Medium ein wichtiger Bestandteil linksradikaler und revolutionärer Politik?

REFERENT*INNEN

- **Kristin Pietrzyk** (Jena), Anwältin eines Betroffenen des Linksunten-Verbots
- **Matthias Monroy** (Berlin), Wissensarbeiter, Aktivist und Mitglied der Redaktion der Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei / CILIP

VERANSTALTUNG VON

Arbeitskreis kritischer Jurist*innen an der HU, Revolutionäre Perspektive Berlin, Rote Hilfe Berlin

SPENDENKONTO

Für die Klagen gegen das Verbot und die Unterstützung der Betroffenen:
DE66 4306 0967 4007 2383 13,
Rote Hilfe Stuttgart, Zweck: linksunten

Für von Repression betroffene Blogger*innen: berlin.rote-hilfe.de/anklage

INFOS ZUR KAMPAGNE

www.linksunten.soligruppe.org